

Antrag

der Abgeordneten **Landbauer, MA, Königsberger, Aigner, Dorner, Handler, Vesna Schuster, Ing. Mag. Teufel** gemäß § 32 LGO 2001

betreffend: **Klares Bekenntnis zur immerwährenden Neutralität Österreichs**

Die immerwährende Neutralität Österreichs ist nicht verhandelbar. Sie ist ein Eckpfeiler unseres Selbstverständnisses, sie ist Teil der DNA Österreichs und Grundlage für den außen- und sicherheitspolitischen Erfolgskurs der Zweiten Republik. Das Neutralitätsgesetz war Bedingung für unseren Staatsvertrag, dem wir den Abzug der Besatzungstruppen, Frieden und Freiheit verdanken.

Aktuell ist die Neutralität Österreichs allerdings in Gefahr. Einige wenige selbsternannte Privilegierte haben in einem offenen Brief eine "Debatte ohne Scheuklappen" über die österreichische Sicherheitspolitik gefordert. Hintergrund sind die Bestrebungen der traditionell bündnisfreien Länder Schweden und Finnland, angesichts des Krieges zwischen Russland und der Ukraine der NATO beizutreten.

Aus den genannten historischen Gründen, die bis heute nichts an Aktualität eingebüßt haben, ist eine Diskussion über die Abschaffung der Neutralität in Österreich absolut deplatziert. Wie diverse Umfragen zeigen, spricht sich eine überwältigende Mehrheit unserer Landsleute klar für die Neutralität aus und lehnt einen NATO-Beitritt Österreichs strikt ab.

Die niederösterreichische Landesregierung ist daher dringend gefordert, hier eine Vorreiterrolle einzunehmen und sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass unsere Kinder nicht in der NATO oder in einem anderen Militärbündnis aufwachen und somit der permanenten Gefahr ausgesetzt sind, sich an kriegerischen Auseinandersetzungen fernab der Heimat für ausländische Interessen beteiligen zu müssen. Ein klares Bekenntnis der österreichischen Bundesregierung zur immerwährenden Neutralität ist ein Gebot der Stunde, ein Beitritt Österreichs zur NATO oder einem anderen Militärbündnis ist strikt abzulehnen.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung für ein klares Bekenntnis zur immerwährenden Neutralität der Republik Österreich und gegen einen Beitritt zur NATO oder anderen Militärbündnissen einzusetzen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Rechts- und Verfassungsausschuss zuzuweisen.